

## Inhalt

Februar 2005

Vorwort	2
Stellenanzeige	3
Termine	3
Veranstaltungskalender der Durlacher Grünen	4
Protokoll der MV vom 15.12.2004	4-6
Mitglieder des Vorstands	7
Importware Frau: entwürdigt, entrechtet, entsorgt	7-8
Grünes aus dem Rathaus	9-10
Veränderte Finanzierung bei 1-Euro-Jobs	11
Neues Radwegekonzept	11
Stadt hilft Stadt	12
Regionalverband Mittlerer Oberrhein: Neue Verbandsversammlung konstituiert	13
Neuer PISA-Schulvergleich: - Arm gleich dumm?	14
Streichung der Schulsozialarbeit aus dem Landeshaushalt	15

Liebe Freundinnen und Freunde,

lange habe ich überlegt, wie ich dieses Vorwort schreiben soll.

Am 26.12. des letzten Jahres hat eine Naturkatastrophe stattgefunden, deren Folgen beispiellos sind und deren Schrecken nicht in Worte zu fassen ist. Sie hat unzählige Menschenleben gefordert, Millionen sind obdachlos und riesige Gebiete wurden in ihrer Entwicklung um Jahrzehnte zurückgeworfen. Selbstverständlich gilt unser aller Mitgefühl den betroffenen Menschen und wir können nur hoffen, dass den Überlebenden schnell und effektiv geholfen werden kann und weiteres Sterben verhindert wird.

Ebenfalls beispiellos sind die Spendengelder und Hilfsversprechungen, mit denen die Welt auf dieses Unglück reagiert hat. Allein die Ärzte ohne Grenzen haben innerhalb von nur 3 Tagen so viele Spenden erhalten wie zuvor im gesamten Jahr 2003. Regierungen haben sich in einem Wettbewerb nahezu überschlagen, um möglichst selbst als die größten Wohltäter gelten zu können. Für mehrere Wochen gehörte Spenden zum guten Ton und es wurde auch oft nur gespendet um nicht als Außenseiter dazustehen. Man möchte sich darüber auch nicht wirklich beschweren, selten hat der Wunsch nach Profilierung solch positive Auswirkungen und man kann nur hoffen, dass dies auch über dieses Unglück hinaus anhält. Denn trotz all dem Leid in Südasien dürfen wir nicht vergessen, dass es auch andere Regionen der Welt gibt, die unsere Hilfe in gleichem Maße benötigen.

Es darf nicht sein, dass die Spendenbereitschaft für die Flutgebiete zu Lasten anderer Krisenregionen geht, in denen es keinen Tourismus gibt und die daher in unseren Medien viel weniger bis überhaupt nicht stattfinden.

Auch die Hilfszusagen der Bundesregierung scheinen sehr großzügig, doch da bisher noch nicht viele Gedanken auf die Finanzierung verwendet wurden bleibt zu hoffen, dass die Mittel nicht aus dem Etat der Entwicklungshilfe bestritten werden, sondern zusätzlich dazu aufgebracht werden.

Die so genannten „Geberländer“ sind nun auch gefragt, die versprochenen Gelder in Absprache mit der Bevölkerung und lokalen Organisationen sinnvoll einzusetzen und sie nicht in einer Art imperialistischer Gönnerhaftigkeit nach eigenem Gutdünken zu verteilen.

Es wäre auch sehr zu begrüßen, wenn diese Katastrophe zum Anlass genommen werden würde, erneut über weitergehende Maßnahmen einer sozialen Globalisierung zu diskutieren, die über diese kurzfristige Aufbauhilfe hinausgehen.

Noch etwas in eigener Sache: Leider wird unsere langjährige Geschäftsführerin Doro ihre Tätigkeit bei uns Ende März beenden. Daher suchen wir nun eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger, die diese verantwortungsvolle Aufgabe weiterführen wird. Die Stellenausschreibung findet ihr im Innenteil und wir freuen uns auf viele interessante Bewerbungseingänge.

Selbstverständlich wird Doro den Karlsruher Grünen aber auch weiterhin durch ihre engagierte Tätigkeit in unserer Gemeinderatsfraktion und im AK Frauen erhalten bleiben. Wir werden Euch über alle weiteren Entwicklungen auf dem Laufenden halten.

Viele liebe Grüße, Christian Brugger

<b>Herausgeber:</b>	Bündnis 90 / Die Grünen, Kreisverband Karlsruhe-Stadt
<b>Layout:</b>	Michael Borner & Tanja Saini
<b>Druck</b>	Maier Typo & Litho GmbH, Karlsruhe
<b>Auflage</b>	260 Exemplare

*Gedruckt auf Umweltpapier  
Titelbild by Tanja Saini*



Zum nächstmöglichen Termin, spätestens zum 1.03.2005 ist beim Kreisverband Karlsruhe von Bündnis 90/ Die Grünen die Stelle der/des

## KreisgeschäftsführerIn

zunächst befristet auf ein Jahr, mit der Möglichkeit der Umwandlung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis, zu besetzen.

Die/der KreisgeschäftsführerIn ist in Absprache mit dem Vorstand die regelmäßige Kontaktperson zwischen Partei, Kreisvorstand und Öffentlichkeit.

Zu den Aufgaben gehört neben der allgemeinen Büroorganisation die Aktualisierung der Homepage, die Organisation von Veranstaltungen, die Kontaktpflege und Kommunikation mit Verbänden, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die enge Zusammenarbeit mit Kreisvorstand und Wahlkampfkommission sowie die Verwaltung und Pflege der Mitglieder und die Betreuung des Regionalbüros.

Die Arbeitszeit beträgt Teilzeit 13 Stunden wöchentlich, die Vergütung erfolgt in Anlehnung an den BAT.

Wir wünschen uns eine Persönlichkeit, die neben dem engem Bezug zum politischen Selbstverständnis der Grünen über solide Grundkenntnisse in moderner Büroorganisation verfügt und sich durch Kommunikationsfreude und die Fähigkeit zu eigenständigem Arbeiten auszeichnet.

Für Rückfragen steht die derzeitige Geschäftsführerin Dorothea Polle-Holl unter 0721-2031232 gerne zur Verfügung. Vollständige Bewerbungsunterlagen erbitten wir bis zum 08. 02.2005 an:  
Bündnis 90/ Die Grünen | Kreisverband Karlsruhe Stadt | Sophienstraße 58 | 76133 Karlsruhe.

**Mitgliederversammlung** jeden 2. Mittwoch im Monat um 20 Uhr im „Viktoriagarten“ - Viktoriastr. 7

### Die Februar-MV ist am 9. 2. 2005

**TOP 1: Tilmann Holzer, 1.Vorsitzender des Verein für Drogenpolitik e.V.,  
zum Thema Drogenpolitik und Cannabislegalisierung**

**TOP 2:** Aktuelle politische Debatte

**TOP 3:** Wahl der RechnungsprüferInnen für das Jahr 2004

**TOP 4:** Gründung eines Arbeitskreises Lesben und Schwule

### Die März-MV ist am 9. 3. 2005

**TOP 1: 100 Tage neue Gemeinderatsfraktion**

**TOP 2:** Aktuelle politische Debatte

**TOP 3:** Kreisverbands-Haushalt 2005 und mittelfristige Finanzplanung

→ *Ihr wollt eure eigenen Themen auf der Mitgliederversammlung diskutieren?*

→ *Ihr habt einen Vorschlag für ein Thema oder eine Referentin/einen Referenten?*

→ *Ihr möchtet mehr in die Gestaltung der Mitgliederversammlung eingebunden sein?*

Schreibt doch einfach eine Mail an [kv.karlsruhe@gruene.de](mailto:kv.karlsruhe@gruene.de) oder kommt zur Vorstandssitzung.

**Achtung: Vorstandssitzungen des Kreisverbands sind ab Februar immer am Mittwoch!**

## Veranstaltungskalender der Durlacher Grünen bis April 2005

Gerhard Stolz - Eckhartstraße 21 - 76227 Karlsruhe - ☎ 49 43 23 - e-Mail: gerhard.stolz@web.de

*Wir treffen uns üblicherweise jeweils am zweiten und vierten Dienstag im Monat im Nebenzimmer des "Kranz", wo während der Sitzung nicht geraucht wird! Alle Mitglieder und Freunde der Durlacher Grünen sind herzlich eingeladen.*

Di, 27.1.	20.00 Uhr, Kranz	Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarktsituation
Di, 22.2.	20.00 Uhr, Kranz	Kindergartenplätze usw. (Gabriele Hauk)
Di, 8. 3.	19.00 Uhr, ASV	Gespräch mit ASV Durlach (Turmbergstadion)
Di, 22.3.	20.00 Uhr, Kranz	Kerstin Andreä MdB (Finanzausschuss)
Di, 12.4.	20.00 Uhr, Kranz	Durlacher Ortschaftsräte berichten
Di, 26.4.	20.00 Uhr, Kranz	Ortsvorsteherin Alexandra Ries kommt zum Gespräch

[www.gruene.de/karlsruhe/Ortsverbände/Durlach/durlach.htm](http://www.gruene.de/karlsruhe/Ortsverbände/Durlach/durlach.htm)

Wer von Euch hat Lust, Interesse oder Bedarf einen

### schwul-lesbischen AK

zu gründen? Diese Anregung kam jetzt von einigen Mitgliedern, die sich freuen würden, wenn sich weitere Männer und Frauen zum Austausch treffen. Themen gibt es genug wie die Öffnung des Standesamtes für Lebenspartnerschaften, Beschäftigungsverhältnisse in der katholischen Kirche, Regenbogenfamilien...

Interessiert? Kontakt: kv.karlsruhe@gruene.de, Tel.: 0721/2031232  
oder Michael Gast M.Gast@gmx.de, Tel.: 0721/ 9374043

## Protokoll der MV am 15.12.2004

**Anwesend:** 10 Personen, davon 5 Mitglieder

**Leitung:** Christian Brugger, **Protokoll:** Johannes Honné

### Top 2: Finanzantrag 25 Jahre Karlsruher Grüne/Fest

Der Antrag des Vorstands auf bis zu 500 EUR für das Fest am 18.12.04 wird einstimmig beschlossen.

### Top 3: Delegiertenwahl zur LAG Frauen

Die beiden Kandidatinnen Heike Puzicha und Ulrike Maier werden einstimmig gewählt.

### Top 4: Bericht der Rechnungsprüfer, Entlastung des Vorstands für 2003, Kreisverbands-Haushalt 2004

Die Kassenprüfer Johannes Honné und Christian Brugger berichten, dass bei der Prüfung die ordnungsgemäße Kassenführung festgestellt wurde und empfehlen die Entlastung des Vorstands für 2003. Die Entlastung wird einstimmig beschlossen.

Johannes Honné stellt den Haushalt 2004 vor (siehe nächste Seite), der aber keine Steuereffekte entfalten kann, da das Jahr bereits weit fortgeschritten ist. Der bisherige Vorstand hatte sich an der mittelfristigen Finanzplanung orientiert, die daher auch die wesentliche Grundlage des vorgestellten Haushalts darstellt. Da vom Steuerbüro noch keine Buchungsergebnisse vorliegen, ist aber unklar, inwieweit die einzelnen Positionen eingehalten werden können. Im nächsten Jahr muss das besser werden. Der Haushalt wird einstimmig angenommen.

### Top 5: Antrag auf finanzielle Unterstützung für Standortbüro Obrigheim

Der bisherige Vorstand hat eine monatliche Unterstützung von 10 EUR für das Standortbüro Obrigheim beschlossen, das sich um die kritische mediale Begleitung der Abschaltung des AKW Obrigheim kümmert. Das wurde für 2004 umgesetzt. Da eine weitere Unterstützung die Kompetenz des Vorstands übersteigt, wurde die Entscheidung in die MV verlagert. Der Vorstand

ist sich unklar, ob die weitere Unterstützung sinnvoll ist, weil die tatsächlichen Tätigkeiten des Büros unklar sind. Klaus Stapf stellt den Antrag, die Unterstützung für 2005 fortzuführen und dann neu zu prüfen. Das wird bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen.

### Top 1: Boris Palmer, MdL und OB-Kandidat in Stuttgart berichtet

Gerade ging es im Landtag um die Reform der Landtags-Wahlkreise. Da die absolute Stimmenzahl darüber entscheidet, wer in den Landtag einzieht, hat die Größe der Wahlkreise direkten Einfluss darauf. Daher sollen 5 Wahlkreise angepasst werden, die mehr als 25 % von der Durchschnittsgröße abweichen. Der Entwurf der Regierung sah eine vernünftige Neuordnung vor. Dagegen haben 2 FDP-Abgeordnete Einspruch erhoben. Darauf hat die FDP-Fraktion sich gegenüber der CDU durchgesetzt für eine Lösung, die die Wahlkreise völlig absurd neu zuschneidet. Der einzige Grund dafür war, dass die beiden FDP-Abgeordneten bei der Regierungs-Variante wahrscheinlich nicht mehr in den Landtag gekommen wären. Eine FDP-Abgeordnete hat sogar in der Landtagsdebatte öffentlich erklärt, dass ihre persönlichen Gründe entscheidend waren...

Zur OB-Wahl in Stuttgart am 10./24.10.04: Boris ist nach 21,5% der Stimmen im ersten Wahlgang nicht mehr für den zweiten Wahlgang angetreten und hat seine Präferenz für den CDU-Bewerber Schuster bekannt gegeben. Darüber gab es große Aufregung.

Die Erklärung: Boris hat nach dem ersten Wahlgang eine Liste der wichtigsten eigenen Punkte erstellt und wollte in Gesprächen mit dem CDU-Bewerber und der SPD-Bewerberin Ute Kumpf ermitteln, wer diese Punkte am besten unterstützte. Vorher hatte er erwartet, dass sich der CDU-ler ablehnend zeigen würde und die SPD-Kandidatin zumindest einem Großteil zustimmen würde. Das Ergebnis war aber völlig unerwartet: Der SPD-Kandidatin war die Haltung von Boris völlig egal, da sie sich der Grünen Stimmen sicher wähnte. Sie lehnte alles ab. Schuster meinte entsprechend, für ihn sei die Wahl praktisch schon verloren, weil er die Grünen-Stimmen nie bekommen würde. Daher nahm er das Gespräch mit Boris ernst und machte entscheidende Zugeständnisse. Im Ergebnis hat Boris in 1 Stunde Verhandlung mit dem amtierenden OB Schuster mehr erreicht, als die Grünen in 5 Jahren Gemeinderatsarbeit, weil Schuster bei

der Vorbereitung für das Gespräch auch der CDU-Fraktion Zugeständnisse abgerungen hatte, die diese sonst niemals gemacht hätte. Manches wurde inzwischen sogar bereits umgesetzt, an der Umsetzung des Rests hat Boris keinen Zweifel. Dagegen wurden Boris keinerlei Versprechungen zu Postenvergaben gemacht.



Vor der Empfehlung haben sich in einer Besprechung der wichtigsten Grünen aus Stadt und Land alle 30 einstimmig für Schuster ausgesprochen, es war also breit abgesprochen.

Hat diese Empfehlung nun Auswirkungen auf den Landtag? Wäre eine schwarz-grüne Koalition möglich? Das „kleine Erdbeben“ hat Konsequenzen: Ute Vogt verbreitete, Boris habe seine Glaubwürdigkeit verspielt. Aber solange die SPD in mehreren Ländern mit diversen Parteien koalitiert, obwohl es eine rot-grüne Mehrheit gibt, kann die Empfehlung eines CDU-Kandidaten nicht unmoralisch sein. Man sollte Koalitionsüberlegungen immer auf die konkrete Situation beziehen. In Baden-Württemberg sind die Chancen für eine rot-grüne Mehrheit gering. Daher sollten andere Möglichkeiten gesucht werden. Bei einer geheimen Abstimmung in der CDU-Fraktion gäbe es vielleicht sogar eine Mehrheit für eine Koalition mit den Grünen, aber das wäre derzeit den Wählern nicht kommunizierbar. Nach der übernächsten Landtagswahl wäre das aber denkbar. Die Grünen sollten wegkommen von einer Vorfestlegung auf die SPD, die dauerhaft in die Opposition und damit in die Bedeutungslosigkeit führt. Die SPD im Land ist auch von den Zielen her in manchen Themen fürchterlich, z.B. beim Haushalt und Verkehr.

In der anschließenden Diskussion äußerten sich die meisten Mitglieder kritisch zu der Empfehlung von Boris. Es wurde auch eine Nicht-Empfehlung vorgeschlagen. Dazu Boris: Keine Empfehlung hätte die CDU zu Recht beleidigt hinterlassen. Es ging um die Sache. Und da war nichts anderes möglich.

**Vorstandsmitglieder stellen sich vor: Christian Brugger**

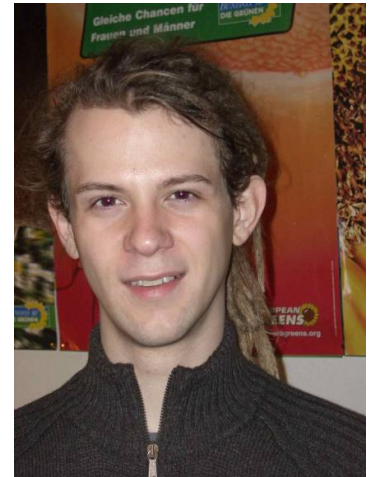
Nachdem sich jetzt alle anderen Vorstandsmitglieder vorgestellt haben bin nun auch ich an der Reihe. Ich habe die Auflage, mich entgegen meiner üblichen Art möglichst kurz zu fassen und werde euch daher nun eine kleine Übersicht über mich geben.

Mein Name ist Christian Brugger, ich bin 23 Jahre, studiere im 5. Semester Informatik an der Uni Karlsruhe und wohne nun bald zwei Jahre in Karlsruhe. Seit Mitte 2003 bin ich Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen, der Grünen Jugend und der Grünen Hochschulgruppe Karlsruhe (GHG). Seit einiger Zeit bin ich Sprecher der Grünen Jugend Karlsruhe und Kassierer der GHG.

Bei den Bündnisgrünen bin ich außer im Kreisvorstand auch Mitglied der BAG Mensch und Tier und in der LAG Hochschule aktiv.

Inhaltlich ist mir als Student die Hochschulpolitik und als Veganer der Tierschutz sehr wichtig. Besonders am Herzen liegt mir aber die Sozial-, Wirtschafts-, Außen- und Friedenspolitik, oder kurz gesagt alles, was mit dem Begriff „Gerechtigkeit“ beschrieben werden kann.

Ein wichtiges Anliegen für den Kreisverband ist mir, wieder etwas mehr Leben in die Mitgliederversammlungen zu bringen. Ich würde mir wünschen, dass mehr Mitglieder regelmäßig kommen und sich aktiv einbringen. Unter anderem wird nun in Zukunft regelmäßig die Möglichkeit zu Debatten über aktuelle Themen bestehen. Es wäre schön, wenn sich Karlsruhe auch wieder mit eigenen Anträgen auf LDKen und BDKen zu Wort melden würde. Daher ist meine Bitte an euch: Meldet euch, wenn euch etwas Konkretes auf dem Herzen liegt, kommt zu den MVen und diskutiert kräftig mit.



**Importware Frau: entwürdigt, entrechtet, entsorgt**

Die Veranstaltung der LAG Frauen fand am 25.11.04, dem Jahrestag gegen Gewalt gegen Frauen im Forum/Stuttgart statt. Thema: Menschenhandel und Zwangsprostitution in Ba Wü. Die beiden zuständigen Anlaufstellen im Ländle stellten ihre Arbeit vor: Die Mitternachtsmission in Heilbronn (MN), vertreten durch Anita Niephagen und das Fraueninformationszentrum in Stuttgart (FIZ), vertreten durch Jutta Meinzolt. Der Abend wurde moderiert von der grünen Stadträtin Andrea Münch.



Der „Dia Internacional de la No Violencia contra Mujer“ wurde beim ersten Treffen lateinamerikanischer und karibischer Feministinnen 1981 in Bogota, Kolumbien zur Erinnerung an die drei Schwestern Mirabal ausgerufen, die am 25.11.1960 unter dem Diktator Trujillo in einen Hinterhalt gelockt und brutal ermordet wurden. Laut offizieller Schätzungen (BKA) werden europaweit jährlich bis zu 13 Milliarden Euro Um-

satz mit Frauenhandel gemacht. Deutschland ist eines der Hauptzielländer für den Prostituiertenimport.

Die Vermögens- und Gewinnabschöpfung aus der organisierten Kriminalität fließt in die Haushalte des Bundes und der Länder und wird nicht, wie letzthin von den Grünen gefordert, der Bekämpfung von Frauenhandel oder Therapieprogrammen zugeführt. In 2003 gab es insgesamt 431 Ermittlungsverfahren. Alleine in Ba-Wü geht das BKA von 30.000 Frauen aus, die jährlich illegal einreisen, Tendenz steigend. Hier wurden bei 41 Verfahren zwischen 1997 und 2003 insgesamt 3,8 Mio. Euro sichergestellt. Wohin dieses Geld geflossen ist, ist laut Landesregierung nicht nachvollziehbar. Begründung: das könne nur manuell ermittelt werden und das ist nicht realisierbar.

(Ex-) Innenminister Schäuble, der immerhin einmal eine Geldentschädigung für die Opfer verlangt hatte, stellte 2003 fest, dass das FIZ und die MN ausreichend seien, alle Opfer von Zwangsprostitution in Ba-Wü zu beraten. Die Arbeit gestaltet sich jedoch für beide Beratungsstellen äußerst schwierig.

**Die Mitternachtsmission Heilbronn**

2003 gab es in der Mitternachtsmission 29 Anfragen von Zwangsprostituierten. Sie kann insgesamt 10 Frauen dezentral an geheimen Orten unterbringen und ist rund um die Uhr erreichbar.

Die Arbeit besteht darin, Gespräche mit Therapeuten und der Polizei zu organisieren. Die hierfür notwendigen DolmetscherInnen arbeiten auf ehrenamtlicher Basis. Des Weiteren erteilt die MN den Frauen Rechtsauskünfte, ist für die Prozessbegleitung zuständig und organisiert die Rückreise ins Heimatland, sofern dort keine Gefahrensituation besteht. Den Frauen wird auch ein Deutschkurs bezahlt, damit sie sich sozial integrieren können.

Die Referentin Anita Niephagen, eigentlich Juristin, ist z.T. in die Betreuung der Frauen involviert, da die ganze Mitternachtsmission nur eine bezahlte Stelle hat, und das ist ihre. Weitere Mitarbeiterinnen arbeiten ehrenamtlich. Die Finanzierung muss immer aufs Neue geklärt werden und ist keineswegs nachhaltig gesichert so dass die Diakonie Anfang 2004 (als Träger der MN) den Bereich Opferschutz fast einstellen musste. Ausweichmöglichkeiten gibt es jedoch für die zu betreuenden Frauen kaum: sie z.B. ersatzweise in Frauen- und Kinderschutzhäusern unterzubringen, hat sich als nicht praktikabel erwiesen.

Anita Niephagen beschrieb drei Sozialisierungstypen, die auffallend häufig Opfer von „Trafficking“ werden: 1. sozial isolierte Frauen (Straßenkinder, Sozialwaisen) 2. allein erziehende Mütter 3. diejenigen, die zwar ahnen, dass sie als Prostituierte arbeiten werden, aber nicht wissen, dass sie wie Sklaven gehalten werden.

Die Anwerbemethoden laufen immer nach ähnlichem Muster ab: jemand, meist sogar ein Vertrauter wie z.B. Nachbarn oder Verwandte raten dazu, einen Job im Ausland anzunehmen. In Deutschland geraten die Frauen schnell in eine ausweglose Situation: ohne Papiere, ohne Sprachkenntnisse, durch Gewalt oder Drogen gefügig gemacht, sind sie den Zuhältern und Menschenhändlern vollkommen ausgeliefert. Derart traumatisiert verfallen viele in einen Zustand der Apathie und Depression und sind auf Hilfe von außen angewiesen.

### **Das FIZ Fraueninformationszentrum**

Zwischen 150 und 200 Frauen gelangen jährlich in das FIZ. Es erhielt in 2003 30.000 Euro Mietkostenzuschuss, was für die Beratung aller Frauen in Ba-Wü ausreichen sollte. Auch hier fließen die konfiszierten Gelder und Bußgelder nicht in die Personalressourcen für die Frauenarbeit zurück. Beate Meinzolt beklagt besonders die unzureichende Kooperation zwischen Polizei und Beratungsstelle. Wenn die Frauen aufgegriffen werden, gelangen sie nur dann in das Beratungsangebot, wenn eine Gefährdung im Heimatland vorliegt oder wenn zu erwarten ist, dass

sie als Zeuginnen aussagen können. Im letzten Fall wird sogar eine Befugnis erteilt, die der Frau das Aufenthaltsrecht und eine Arbeitserlaubnis bis zum Verfahren gegen ihre PeinigerInnen (ca. 25% Frauen sind aktiv in den Menschenhandel involviert) zugesteht. Inzwischen gibt es ein Gesetz, das bei Menschenhandel ein uneingeschränktes Aufenthaltsrecht von 4 Wochen gewährt. Danach kann eine Frau nach geltendem Recht abgeschoben werden. Ob Gefährdung im Herkunftsland vorliegt, entscheidet ausschließlich das BKA. Beate Meinzolt hält es für sehr wichtig, dass *jede* Frau, bei der ein Verdacht auf Menschenhandel besteht, dem Beratungsangebot zugeführt wird. Die Frauen sind schwer traumatisiert, nur ein kleiner Teil von ihnen ist in der Lage, innerhalb von 4 Wochen mit der Polizei zusammenarbeiten. Frauenhandel stellt jedoch innerhalb aller Delikte bei der Polizei nur einen Randbereich dar. Die Personaldecke ist hier wie überall sehr dünn, daher wird nicht immer die Kooperation mit den Beratungsstellen gesucht. Etwa 5 von 7 Frauen werden abgeschoben ohne je bei einer Beratungsstelle gewesen zu sein. Hier wünscht sich das FIZ eine grundsätzlich andere Regelung, und einen Ausbau der Zusammenarbeit.

Bei der anschließenden Diskussion fiel der Vorschlag, Freier, wie in z.B. in Schweden zu bestrafen, auf geteilte Zustimmung. Eine der Referentinnen meinte gar: wenn wir die Freier kriminalisieren, müssten wir (wir Frauen??) den Männern etwas anderes bieten. Der sachliche Grund dürfte in erster Linie der sein, dass die Polizei schlichtweg überfordert wäre, wenn sie jedem Verdacht auf Prostitution nachgehen müsste.

Eine Gemeinderätin aus dem Auditorium gab an, dass sich die Frauen in ihrer Gemeinde bereits sehr stark für die Frauenhäuser einsetzen und dass man, um die Stadtväter nicht gänzlich zu verprellen, nicht noch ein weiteres Fass in Sachen Frauenpolitik aufmachen könne. Die Betreiberinnen, die permanent damit beschäftigt sind um Mittel zu kämpfen, appellierten daher an uns, die Thematik in die Öffentlichkeit zu bringen und politischen Druck zu machen.

Leider müssen sich die Grünen im Zusammenhang mit Menschenhandel heftigste Kritik gefallen lassen: Der sogenannte Volmer-Erlass aus dem Jahr 2000 ermöglichte erst, dass Schleuserbanden über Touristenvisa Menschenhandel in großem Stil betreiben konnten. Der Erlass wurde nach Bekanntgabe verschiedener Ermittlungsergebnisse durch das BKA im Oktober 2004 zurückgenommen.

Ulrike Maier

**GRÜNES AUS DEM RATHAUS - Aus der Arbeit der Gemeinderatsfraktion**

Das Gute und Schöne (wahr ist es zudem auch) zuerst. **Gisela Splett** ist Mutter einer gesunden Tochter geworden. Wie wir sie kennen, wird sie nicht so sehr lange dem politischen Geschehen fern bleiben können.

**Doppelhaushalt der Stadt Karlsruhe 2005 und 2006**

Die ersten beiden Monate des Jahres stehen im Zeichen des am 1. und 2. März 2005 zu beschließenden Doppelhaushaltes der Stadt Karlsruhe für die Jahre 2005 und 2006. Unsere Fraktion hat die Aufgabe, mit sechs „Neuen“ gleich die finanziellen Weichen für die nächsten 2 Jahre mit zu stellen. Auch wenn der Haushalt in seiner Struktur festliegt, gibt es da und dort Spielräume, vielleicht auch neue durch neue Mehrheiten. Wo es geht, wird man versuchen, Umweltpolitik und Ökologie zu stärken. Kinderbetreuung wird wie immer ein wichtiger Finanzierungsaspekt sein – wir wollen, dass dem in der Rede des Oberbürgermeisters angekündigten Engagement in diesem Bereich auch tatsächlich die notwendigen Mitteleinstellungen folgen. Außerdem werden wir uns für den Schutz der bürgerschaftlich engagierten Vereine und Organisationen vor weiterem Kaputtsparen einsetzen und dafür, dass die Benachteiligten über Sparmaßnahmen nicht um ihre Rechte und Perspektiven gebracht werden. Die GRÜNE Haushaltsrede wird die Kritik an der Politik der Stadt und die eigene Politik auf den Punkt bringen. Sie wird im nächsten Rundbrief zu finden sein. Mitte Januar werden in einer Fraktionsklausur die Entscheidungen über zu stellende Anträge getroffen. Wer weiß, dass der Haushaltsentwurf der Stadtverwaltung 430 Seiten hat und Transparenz nicht unbedingt das Markenzeichen solcher Dokumente ist, kann sich vorstellen, was die einzelnen Fraktionsmitglieder da zu leisten haben.

**Frauenförderung im Gemeinderat ....**

Die Behandlung des dezidierten Fraktionsantrags zur Umsetzung des seit Jahren vor sich hinschlummernden Frauenförderplans der Stadt in der letzten Gemeinderatssitzung im alten Jahr war ein Schulbeispiel. Und zwar darüber, was geht und was nicht gehen soll, wenn die Stadtverwaltung bzw. der Oberbürgermeister es nicht will. Ziel des Antrags war eigentlich, dass der Gemeinderat per Beschluss die Stadt zu genau formulierten Maßnahmen beauftragt. So steht's auch überall in der Fachliteratur zur Verwaltungsmodernisierung: Der Gemeinderat beauf-

tragt und steuert die Verwaltung, diese führt aus und informiert über die Umsetzung. In der Praxis läuft das – in Karlsruhe und anderswo auch – aber so: Der Antrag wurde in der Gemeinderatsitzung zur weiteren Beratung - das macht der OB so am liebsten – in den Fachausschuss, hier Personalausschuss, verwiesen. Der berät jetzt darüber, was im Gemeinderat schon hätte beschlossen werden können. Mehr kann dieser gemeinderätliche Ausschuss auch nicht, denn als beratender Ausschuss darf er keine Beschlüsse fassen. Er könnte nun dem Gemeinderat empfehlen, zu beschließen, was dieser hätte bereits tun können: die Stadt mit der Umsetzung des Antrags zu beauftragen. Falls es je dazu kommt, wird auf jeden Fall noch einiges an Wasser den Rhein runter fließen.. (Entsprechendes ist übrigens vor einigen Monaten mit unserem Antrag zur Kinderbetreuung für die unter 3-Jährigen passiert: Wir wollten, dass der Gemeinderat eine klare Zielsetzung für den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen vorgibt. Stattdessen wurde der Antrag in den Jugendhilfeausschuss verwiesen...)

**Umsetzung der Kombilösung: Gemeinderat soll über Reihenfolge entscheiden**

Die Planungen zur Umsetzung der Kombilösung sind im Gange. Noch vor dem Jahreswechsel haben KASIG (Karlsruher-Schienen- und Infrastrukturgesellschaft mbH)-Geschäftsführer Ludwig und Oberbürgermeister Fenrich die Förderanträge beim Stuttgarter Verkehrsministerium eingereicht. Jetzt soll mit der Einleitung der Genehmigungsverfahren begonnen werden.

Auch wenn wir bekanntlich eine kritische Haltung zum Straßenbahntunnel durch die Kriegsstraße einnehmen, müssen wir als Grüne Fraktion das Ergebnis des Bürgerentscheids natürlich akzeptieren. In Anbetracht der zunehmend sich verschärfenden Haushaltssituation halten wir es jedoch für fraglich, ob sich tatsächlich beide Teilmaßnahmen der Kombilösung innerhalb der nächsten Jahre realisieren lassen.

Es liegt daher nahe, zunächst die Straßenbahn durch die Kriegsstraße zu verwirklichen. Diese Teilmaßnahme ist kostengünstiger als der Tunnel durch die Kaiserstraße. Außerdem wird damit die dringend notwendige ÖPNV-Anbindung des ECE relativ kurzfristig möglich. Darüber hinaus bietet sich die Straßenbahn durch die Kriegsstraße als Umleitungsstrecke während der Baumaßnahme in der Kaiserstraße an.

Da der Umsetzungsreihenfolge insbesondere vor dem Hintergrund der Mittelknappheit eine so

hohe Bedeutung zukommt, haben wir einen Antrag gestellt, um alle diesbezüglich relevanten Entscheidungen in den Gemeinderat zu holen. Es gab nämlich verschiedene Hinweise darauf, dass Verwaltung und KASIG hier im Alleingang wichtige Vorentscheidungen ohne Beteiligung des Kommunalparlamentes fällen wollten.

So war u. a. bereits die Festlegung auf unterschiedliche Planungsverfahren für U-Strab-Tunnel und Umbau der Kriegsstraße erfolgt. Während für die Kaiserstraße ein Planfeststellungsverfahren vorgesehen ist, soll der Umbau der Kriegsstraße über einen Bebauungsplan genehmigt und abgewickelt werden. Die beiden Verfahren unterscheiden sich aber in wesentlichen Punkten. Einer davon, in diesem Fall vielleicht der wichtigste, betrifft die zeitliche Gültigkeit: Während der Bebauungsplan unbegrenzt gültig ist, erlischt die Gültigkeit eines Planfeststellungsbeschlusses nach Ablauf von 5 Jahren, sofern bis dahin nicht bereits mit der Maßnahme begonnen wurde. Bei der derzeitigen Haushalts-situation von Bund und Land können durchaus einige Jahre vergehen, bis die notwendigen Fördermittel für die Maßnahme bereit stehen und überhaupt mit einer der Teilmaßnahmen begonnen werden kann. Daher befürchten wir, dass durch die Wahl unterschiedlicher Genehmigungsverfahren einseitig Zeitdruck auf die Realisierung des U-Strab-Tunnels ausgeübt wird. Aus diesem Grund hatten wir uns in unserem Antrag für gleichartige Planungsverfahren ausgesprochen.

Außerdem forderten wir, dass der Gemeinderat nach umfassender Information durch die KASIG rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahme mit der Entscheidung über die Umsetzungsreihenfolge der beiden Teilmaßnahmen befasst wird.

Während sich zum ersten Punkt (Entscheidung über Planungsverfahren) keine Mehrheit für unsere Forderung abzeichnete und wir deshalb auf eine Abstimmung verzichteten, erhielten wir zum zweiten Punkt (Entscheidung über Umsetzungsreihenfolge) die Zusage des Oberbürgermeisters.

### **Abfallentsorgung nach Thermoselect**

In seiner Sitzung am 14.12.2004 hatte der Gemeinderat über die zukünftige Entsorgung des Karlsruher Restmülls zu entscheiden. Hintergrund war die Stilllegung der Thermoselectanlage sowie das ab Mitte 2005 gültige Verbot der Restmülldeponierung.

Dem Gemeinderat lagen verschiedene Angebote zur Restmüllverbrennung vor. Allerdings kam für eine Vergabe nur noch die MVA Mannheim in Frage, da das Land auf dem Autarkieprinzip

(=> Müll aus B.-W. darf nur in B.-W. behandelt werden) bestand.

Die Grüne Gemeinderatsfraktion hat den Vergabevorschlag der Verwaltung abgelehnt. Die Festlegung auf 12 plus optional drei Jahren Müllverbrennung in Mannheim wollten wir nicht mit tragen, dies auch vor dem Hintergrund, dass Gemeinderat und Umweltausschuss sich im Vorfeld nur sehr dürftig mit Verfahrensalternativen auseinandergesetzt hatten.

Das Ende für Thermoselect hätte endlich die Chance geboten, in der Karlsruher Abfallpolitik neue Wege einzuschlagen - angefangen von gezielten Maßnahmen zur Müllvermeidung über die Einführung der Biotonne mit Anschluss- und Benutzerzwang bis hin zu einer Auseinandersetzung mit alternativen Verfahren der Restmüllbehandlung, wie sie u. a. in biologisch-mechanischen Anlagen praktiziert wird.

Nun ist seit dem Beschluss gegen Thermoselect wieder fast ein Jahr vergangen, in dem sich außer der Ausschreibung zur Müllverbrennung nichts wirklich bewegt hat. Und die so oft beschworene Entsorgungssicherheit legt nahe, dass sich viele aus Gemeinderat und Verwaltung auch auf möglichst lange Zeit nicht mehr mit dem Thema befassen wollen.

Wir Grünen haben uns von Anfang an für eine verfahrensoffene Ausschreibung und für kürzere Vertragslaufzeiten ausgesprochen. Auch hätten wir uns eine Mengengestaltung gewünscht, die eine Reduzierung des Restmüllaufkommens auch unterhalb der nun festgelegten Grundmenge von 33.000 Tonnen/ Jahr finanziell attraktiv macht.

Der Gemeinderat hat sich erwartungsgemäß mit großer Mehrheit für die Müllverbrennung in Mannheim entschieden. Dennoch müssen jetzt alle Anstrengungen unternommen werden, das Restmüllaufkommen soweit wie möglich zu reduzieren und mittelfristig alternative Behandlungsverfahren wieder in die Diskussion zu bringen.

Erste positive Ansätze gibt es: Ein Antrag zur Wiedereinführung der Biotonne mit Anschluss- und Benutzerzwang für alle Haushalte ist derzeit in Vorbereitung und hat angesichts der veränderten Mehrheitsverhältnisse im Karlsruher Gemeinderat auch gute Chancen auf Erfolg. Auch hat der Leiter des Karlsruher Amtes für Abfallwirtschaft, Blank, dieser Tage in der Presse weitere Vorschläge zur Verringerung des Restmüllaufkommens gemacht. Aufgabe der Kommunalpolitik muss es nun sein, solche Vorstöße zu unterstützen und die zur Umsetzung notwendigen Haushaltsmittel bereit zu stellen.

Bettina Lisbach, 6.1.2005, V.i.S.d.P. Dr. Gisela Splett, Hebelstr. 13, 76133 Karlsruhe

*Mitteilung an die Medien vom 05.01.2005*

### **Grüne im Gemeinderat zur veränderten Finanzierung bei 1-Euro-Jobs im Agenturbereich Karlsruhe**

“Die jüngst gegründete Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitsagentur und Stadt Karlsruhe soll gemachte Zusagen zur Finanzierung von 1-Euro-Jobs bei den Trägern einhalten”, so der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Karlsruher Grünen Gemeinderatsfraktion **Klaus Stapf**.

“300 Euro pro Stelle wurden zugesagt, dann muss dies aus Gründen der Verlässlichkeit für bereits eingeleitete Maßnahmen für deren Dauer, im Allgemeinen 6 Monate, auch gelten.”

Dazu besteht nach Information der Grünen seitens der Agentur Bereitschaft.

Bei den Trägern wurde mit einer Finanzierungsaussicht von 300 Euro pro Teilnehmer geworben, diese hätten nun betriebswirtschaftlich mit 300 anstatt den nun angekündigten 100 Euro kalkuliert. Verluste aus 1-Euro-Jobs würden bei sozialen Trägern vermutlich zulasten von deren Förderprogrammen gehen, solche Entwicklungen seien nicht sinnvoll.

“Mit der Umstellung von grundsätzlicher auf erfolgsorientierte Förderung vollzieht die Agentur für Arbeit einen Paradigmenwechsel, der die 1-Euro-Jobs für Arbeitgeber deutlich weniger attraktiv macht und deren Zahl reduzieren wird. Unverständlich ist, warum dieser Wandel jetzt geschieht, nachdem Agentur wie Stadt über Monate intensiv mit anderen Bedingungen für 1-Euro-Jobs geworben hatten”, so Stapf weiter.

Positiv sei, dass immer mehr realisiert wird, dass die 1-Euro-Jobs kaum zu zusätzlichen Arbeitsplätzen führen werden. “Daran wird allerdings auch die Erfolgsprämie für aus 1-Euro-Jobs geschaffene Arbeitsplätze von 1.200 Euro nichts ändern. Wegen einer Einmalzahlung in

dieser Höhe wird niemand einen Arbeitsplatz schaffen.”

Die Grünen halten 1-Euro-Jobs als Allheilmittel ungeeignet und befürworten eine differenzierte Förderung nach Merkmalen der verschiedenen Zielgruppen von Arbeitslosen. Bei gut qualifizierten Arbeitslosen können 1-Euro-Jobs zu Billiglöhnen mit fatalen Folgen für Konkurrenzunternehmen und Lohnniveau führen, hier seien Verschlechterungen der Bedingungen für die Trägerbetriebe sinnvoll.

Nach Meinung der Grünen stellen 1-Euro-Jobs nur für zwei Gruppierungen sinnvolle Werkzeuge dar: für schwer vermittelbare Jugendliche und junge Erwachsene, deren Beschäftigungsfähigkeit durch geregelte Arbeit und einen strukturierten Arbeitstag deutlich verbessert würde und für Menschen, die aus eigenem Antrieb in sinnvollem Tätigsein bei geringstem Einkommen einen Ausweg aus einer lähmenden Beschäftigungslosigkeit sehen.

Vor allem bei jungen Menschen müsse dies aber mit guten Betreuungs- und Qualifizierungsangeboten verknüpft werden, die entweder von der Arge selbst geleistet oder durch höhere Zahlungen an die Träger finanziert werden müssen.

Die Grünen sehen in 1-Euro-Jobs nur eine Möglichkeit unter vielen, Arbeitslose für den Arbeitsmarkt fit zu machen oder zu halten. “Die 1-Euro-Jobs werden zur Zeit stark überbewertet”, schließt Stapf. “Wichtig und richtig ist, möglichst vielen Arbeitslosen ein auf die persönliche Situation zugeschnittenes Angebot zu machen, dazu gehören z.B. auch zeitgebundene sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen wie ABM oder ganz unterschiedliche Qualifizierungsmaßnahmen. Im Mittelpunkt muss der arbeitslose Mensch und die Verbesserung seiner Aussicht auf einen vollwertigen Arbeitsplatz stehen.”

*Mitteilung an die Medien vom 03.01.2005*

### **GRÜNE ZUM GEPLANTEN NEUEN RADWEGEKONZEPT IN KARLSRUHE “Workshop ist gute Idee – wir sehen aber noch Diskussionsbedarf”**

Die Grüne Gemeinderatsfraktion Karlsruhe begrüßt die Ankündigung der Stadtverwaltung, mit dem neuen Radwegkonzept ein fahrradfreundliches Klima in Karlsruhe zu schaffen. Auch der hierzu vorgesehene Workshop mit VertreterIn-

nen aller Parteien und der verschiedenen Verkehrsverbände sei eine gute Idee.

Nach Auffassung der Grünen hat ein solches Konzept allerdings schon viel zu lange auf sich

warten lassen. Dass erst zwei externe Gutachten vonnöten waren, um der Stadtverwaltung deutlich zu machen, wie schlecht es um den Radverkehr in Karlsruhe steht, sei mehr als bedauerlich. Schließlich seien die Mängel allen RadlerInnen in Karlsruhe längst bekannt und auch schon oft genug angeprangert worden. Auch hätte ein Blick in die Unfallstatistik sofort aufgezeigt, wie sehr Karlsruher Radler und Radlerinnen im Verkehr gefährdet sind. Offenbar werde aber erst reagiert, wenn das Image Karlsruhes auf dem Spiel stehe, nicht wenn die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sich zu Wort melden.

Die Grünen hoffen, dass den Ankündigungen von Bürgermeister Eidenmüller, Fahrradfahrer/innen in Karlsruhe als gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer zu betrachten, nun auch wirklich Taten folgen. Die Ankündigung einer City-Route Nord begrüßen sie ausdrücklich.

Was die City-Route Süd angeht, sieht die Grüne Fraktion allerdings noch Diskussionsbedarf. Die Erbprinzenstraße müsse auch weiterhin in voller Länge dem Radverkehr zur Verfügung stehen,

da sie einen unverzichtbaren Weg in und durch die Karlsruher Innenstadt darstelle. Eine Umfahrung der Innenstadt über die Herren- und die Amalienstraße könne als zusätzliches Angebot in das Radwegekonzept integriert werden. Um die Situation am Ludwigsplatz zu entschärfen, möchten die Grünen aber auch den Autoverkehr stark einschränken. Wenn der auf den tatsächlich notwendigen Anlieferverkehr reduziert würde, sei das Problem bereits deutlich entschärft.

Weitere Maßnahmen zur Förderung eines fahrradfreundlichen Karlsruhes sehen die Grünen in einer Verbesserung der Abstellmöglichkeiten für Fahrräder in der Innenstadt, der schon seit langem geforderten Fahrradstation am Hauptbahnhof sowie einer Kampagne zur Förderung des Fahrradfahrens in der Stadt und des Fahrradtourismus in Karlsruhe. Wichtig sei, dass trotz der Mittelknappheit die Finanzierung dringend notwendiger Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs gesichert sei. Entsprechende Anträge wollen die Grünen im Zuge der anstehenden Haushaltsberatungen einbringen.

*Mitteilung an die Medien vom 07.01.2005*

## **Stadt hilft Stadt - GRÜNE begrüßen Vorschlag partnerschaftlicher Hilfe**

Die GRÜNEN im Karlsruher Gemeinderat begrüßen die Anregung der Karlsruher SPD-Gemeinderatsfraktion, mit einer Stadt im Gebiet der Flutkatastrophe eine Hilfspartnerschaft einzugehen.

„Der direkte Draht zwischen Kommunen ist vor allem für längerfristige Unterstützung sinnvoll, nach der aktuellen Nothilfe zur Trümmerbeseitigung und dem Aufbau der notwendigsten Infrastruktur für elementare tägliche Bedürfnisse der Bevölkerung. Vorstellbar ist eine Partnerschaft, in der seitens der Stadt unbürokratisch und direkt etwa beim Wiederaufbau von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen, Straßen, Wasser- und Abfallwirtschaft logistische und praktische Unterstützung geleistet wird. Die GRÜNEN sehen eine solche Initiative auch als gute Ergänzung zum Vorhaben von OB Fenrich, eine städtische Spendenaktion ins Leben zu rufen.“

Die GRÜNEN können sich neben zumindest mittelfristiger finanzieller Unterstützung Kooperationen z.B. auf Ämterebene vorstellen, etwa dadurch, dass die Stadtverwaltung Fachpersonal für definierte Aufgaben zur

nal für definierte Aufgaben zur Verfügung stellt. Denkbar ist auch die Vermittlung von wissenschaftlichen Ressourcen z.B. beim Aufbau von Gesundheitswesen, Katastrophenschutz und Wirtschaftsinfrastruktur.

„Hier können wir“, so die GRÜNE Fraktion, „aus dem vorhandenen Potential der Stadt schöpfen. Die Hilfsbereitschaft ist gegeben. Die Stadt könnte hier gut eine Vermittlerposition einnehmen, indem z.B. Bürgerinnen und Bürger oder Vereine, die bereits Kontakte in diese Regionen haben, unterstützt werden.“

Diese Hilfspartnerschaft muss“, so die GRÜNEN, „dem in partnerschaftlichem Einvernehmen definierten Zweck angepasste, neue Formen entwickeln. Wir wollen ausdrücklich keine Partnerschaft, die große Ressourcen an Zeit und Geld an den Austausch von Delegationen und Veranstaltungsetikette bindet.“

Sinn und Ziel der Partnerschaft muss sein, möglichst alle eingesetzten Mittel für die so furchtbar von der Flutkatastrophe betroffenen Menschen

zu verwenden, durch Maßnahmen zum Wiederaufbau der zerstörten Dörfer und zur Selbsthilfe zur Rückgewinnung wirtschaftlicher Selbstständigkeit.“

Die Auswahl der Kommune müsste z.B. über den Städtetag oder internationale Großorganisationen erfolgen, die Kenntnisse vor Ort haben. Die GRÜNEN schlagen der Stadtverwaltung vor, dementsprechend initiativ zu werden.

*GRÜNE im Regionalverband Mittlerer Oberrhein:*

### **Neue Verbandsversammlung konstituiert Grüne Kritik: Regional-SPD verhält sich bei Besetzung der Ausschüsse undemokratisch**

Am 8. Dezember 2004 hat sich in Iffezheim die neue Regionalverbandsversammlung konstituiert. Die Grünen halten dabei nach der Kommunalwahl 2004 nun 9 von 80 Sitzen. Die Mitglieder im einzelnen: Henrik Becker (Bruchsal), Christine Geiger (Weingarten), Karl Görig (Malsch), Manuel Hummel (Rastatt), Bettina Lisbach (Karlsruhe), Andreas Ruthardt (Karlsruhe), Bernhard Schmid (Karlsruhe), Werner Schmoll (Baden-Baden) und Klaus Stapf (Karlsruhe). Die neue Fraktion bestätigte Klaus Stapf als Fraktionsvorsitzenden und Christine Geiger als Stellvertreterin und benannte als Mitglieder des Planungsausschusses Klaus Stapf und Werner Schmoll, als Mitglieder des Finanz- und Verwaltungsausschusses Christine Geiger und Andreas Ruthardt.

Getrübt wurde unsere Freude über den Gewinn von 4 zusätzlichen Sitzen in der Verbandsversammlung durch die Besetzung der Ausschüsse. Wir Grünen sind der Meinung, dass uns anstatt 2 jeweils 3 Ausschusssitze zustehen und empfinden das Verhalten der Regionalverbands-SPD-Fraktion bei der Verteilung der Ausschusssitze unfair und undemokratisch.

Die SPD im Regionalverband nutzt den unglücklichen Umstand, dass als Alternative eines gemeinsamen parteiübergreifenden Beschlusses zur Besetzung der Ausschüsse alle Sitze in Einzelabstimmung mit einfacher Mehrheit gewählt werden müssten.

Dabei entspricht es den üblichen demokratischen Gepflogenheiten, Ausschüsse möglichst nah an der Zusammensetzung des entsendenden Gremiums (hier der Verbandsversammlung) zu besetzen.

Sowohl nach d'Hondt als auch nach prozentualer Rechnung liegen die Grünen bei der Bewertung um die betroffenen Sitze (jeweils einen pro Ausschuss) vor der SPD. Die Berechnungen

Auf Dauer soll eine solche Partnerschaft nach Auffassung der GRÜNEN keine Einbahnstraße bleiben. Sie kann und sollte, wenn der Wiederaufbau weit genug vorangeschritten ist, in eine partnerschaftliche Kooperation münden, die den Gedanken der Einen Welt in Projekten und gemeinsamen Aktionen weiter trägt.

hierzu wurden von Verbandsdirektor Dr. Hager bei der Verbandsversammlung bestätigt.

Die SPD in der Verbandsversammlung der Region ignoriert dies, beanspruchte und erhielt trotzdem diesen Sitz für sich. CDU und FW waren nicht bereit, das Ansinnen der SPD abzulehnen und haben den Grünen wie der Verbandsvorsitzende Offele bedeutet, dass bei Einzelabstimmungen bestenfalls mit 2 Sitzen für die Grünen zu rechnen sei.

Natürlich werden wir die Rechtmäßigkeit des Verfahrens und des Ablaufs an den entsprechenden Stellen prüfen lassen.

Verärgert sind wir weniger über den Verlust der Sitze, als über die Ignoranz demokratischer Gepflogenheiten und fehlende Sensibilität für den Wählerwillen.

Wichtig ist uns der Verlust der absoluten Mehrheit der CDU durch die Kommunalwahl, die in der Verbandsversammlung ‚nur‘ noch 35 Sitze und damit 45% hat. Zuletzt hatte die CDU noch 50% und mit dem alten und neuen Vorsitzenden Offele (früher OB Ettlingen) die absolute Mehrheit. Nur mit (unseren) Mühen konnte allerdings eine durch d'Hondt entstandene Mehrheit in den Ausschüssen verhindert werden. Absolute Mehrheiten sind grundsätzlich der demokratischen Entscheidungsfindung abträglich, verhindern sinnvolle Kompromisse und die Interessenvertretung selbst großer Minderheiten, meinen wir.

Wir wollen auch in der neuen Fraktion unsere Schwerpunkte Reduzierung des Flächenverbrauchs, Unterstützung regenerativer Energien, Stärkung des Naturschutzes und Einschränkung des gesundheits- und umweltbelastenden Verkehrs ebenso wie die Verbesserung der Arbeitsplatzsituation und die Zusammenarbeit in der Pamina (d.h. mit der Pfalz und dem Elsaß) fortsetzen.

Klaus Stapf

Pressemitteilung der Landtagsfraktion vom 06.12.2004

**Neuer PISA-Schulvergleich:**

**Arm gleich dumm? - Grüne: Bildungschancen von sozialer Herkunft entkoppeln**

Nach Auffassung von Renate Rastätter, schulpolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion, müssen die Länder noch größere Anstrengungen in der Bildungspolitik unternehmen, um eine Entkoppelung von Bildungschancen und sozialer Herkunft zu erreichen. PISA II zeige erstmals, dass die Bemühungen, die Qualität des Unterrichts zu verbessern, erste Früchte tragen, mache aber auch deutlich, dass ausschließlich die Schülerinnen und Schüler aus akademisch gebildeten Elternhäusern von der Verbesserung des Mathematikunterrichts profitieren.

Alarmierend sei aber die Tatsache, dass von diesen ersten Erfolgen Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund und aus sozial niedrigen Schichten überhaupt völlig ausgeschlossen sind. Rastätter: „Die institutionelle Benachteiligung dieser Schülerinnen und Schüler hat sich noch verschärft. Diejenigen, die traditionell benachteiligt sind, werden derzeit noch stärker abgehängt.“ Als alarmierend bezeichnete Rastätter auch die Tatsache, dass in Deutschland geborene Immigrantenkinder schlechter abschnitten als später zugezogene: Bereits in früheren Untersuchungen sei festgestellt worden, dass Immigrantenkinder in der dritten Generation schlechter Deutsch sprechen als die erste oder zweite Generation. Rastätter: „Wir brauchen nicht nur für Neueinwanderer Integrationskurse – wir brauchen sie auch für Menschen, die bereits hier leben. Hier sind Versäumnisse der Vergangenheit aufzuarbeiten. Für die Kurse von Neueinwanderern ist der Bund zuständig – um die Menschen, die bereits hier sind, muss sich das Land kümmern.“



Um künftig international in der Spitzenliga mitspielen zu können, müssten deshalb zwei große Herausforderungen bewältigt werden. Damit der Unterricht anspruchsvoller und schülerorientierter wird, muss vor allem die Lehrerfortbildung ausgebaut werden.

Rastätter: „Der größte Handlungsbedarf besteht aber darin, Strategien zu entwickeln, um die eklatante soziale Benachteiligung von Migrantenkindern zu überwinden.“ In einem ersten Schritt müsse die Schulsozialarbeit in der Fläche ausgebaut – statt wie beabsichtigt – gestrichen werden. Beim zweiten Bildungsweg, der heute vielen Migranten eine zweite Chance auf einen höherwertigen Bildungsabschluss eröffnet, dürfe nicht gekürzt werden, was die Landesregierung derzeit beabsichtigt.

Künftig dürften Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund nicht mehr in einer Schulart – der Hauptschule „gettoisiert“ werden. „Wenn diese Jugendlichen aus derselben sozialen Schicht unter sich bleiben, fehlt ein positives Anregungsmilieu, fehlen Vorbilder, an denen sie sich orientieren können. Der Umgang mit Heterogenität ist der Schlüssel des Erfolgs in den Spitzenländern. Die Grünen im Landtag fordern deshalb eine Öffnung des starren Systems, dass durch die frühe Auslese ausschließlich eine soziale Sortierung bewirkt. Die Optimierung des bestehenden Systems ist weitgehend ausgereizt“, so Rastätter abschließend.



Pressemitteilung der Landtagsfraktion vom 19.11.2004

## **MdL Renate Rastätter (GRÜNE) kritisiert die beabsichtigte komplette Streichung der Schulsozialarbeit aus dem Landeshaushalt:**

**„Land spart da, wo Probleme am größten sind“**

**„Stadt Karlsruhe verliert Zuschüsse für mehrere Hauptschulen und Berufliche Schulen“**

Die Karlsruher Landtagsabgeordnete Renate Rastätter (Grüne) ist empört darüber, dass die Landesregierung im kommenden Doppelhaushalt 2005/06 die Mittel für die Schulsozialarbeit im Umfang von 1,1 Mio. € komplett streichen will: „Damit spart das Land ausgerechnet da, wo die Probleme sich ballen – nämlich an den Hauptschulen im sozialen Brennpunkt und den Beruflichen Schulen mit ihrem Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)“. Dabei ist unbestritten, dass Schulsozialarbeit zur pädagogischen Aufgabe von Schulen gehört und gerade für Schülerinnen und Schüler aus schwierigen sozialen und familiären Verhältnissen unverzichtbar ist, weil sie Probleme beseitigen hilft, die dem Bildungserfolg im Wege stehen.

Sollten diese von der Landesregierung beabsichtigte Streichung tatsächlich von den Regierungsfractionen in den kommenden Haushaltsberatungen abgesegnet werden, dann ist die Stadt Karlsruhe mehrfach betroffen. Derzeit bezuschusst das Land Schulsozialarbeiterstellen an den fünf Brennpunkthauptschulen der Stadt: Schillerschule, Uhlandschule, Pestalozzischule Gutenbergschule und Adam-Remmele-Schule, sowie an der Gewerbeschule Durlach und der Elisabeth-Selbert-Berufsschule. Für die Stadt und die Städtischen Arbeitsförderbetriebe, die Stellen an beiden Beruflichen Schulen eingerichtet haben, sowie für das Diakonische Werk, das die Stelle an der Adam-Remmele-Schule trägt, gäbe es bei dieser Streichung nur zwei Möglichkeiten: entweder das entstehende Finanzierungsdefizit von 52,500 € selbst zu tragen oder die Anzahl der Stellen zu streichen.

Dabei musste die Stadt Karlsruhe bereits 2003 die Halbierung der Landeszuschüsse finanziell verkraften. Denn damals wurden die Landesmittel für die Schulsozialarbeit von 2,2 Mio. € auf 1,1 Mio. € gekürzt. Statt 15,000 € Zuschuss pro volle Stelle, was einer Drittelfinanzierung entspricht, erhalten die Kommunen seither nur noch 7,500 € jährlich, das ist gerade mal ein Sechstel

der Kosten einer Stelle.

Als gerade zynisch empfindet die Karlsruher Abgeordnete die Begründung der neuen Sozialministerin Tanja Gönner für diesen kompletten Rückzug des Landes aus der Schulsozialarbeit. Die Ministerin verweist darauf, dass nach der Halbierung der Mittel im Jahr 2003 nur an drei von 176 Standorten im Lande die Schulsozialarbeit von den Kommunen beendet wurde. Das ist für Frau Gönner der Beweis, dass die Jugendsozialarbeit an Schulen nicht mehr in erster Linie von der Landesförderung abhängig sei. Die Schulsozialarbeit sei, so die Ministerin, mittlerweile ein fester Bestandteil kommunaler Jugendhilfeangebote.

Im Klartext, erst wird so lange gekürzt, bis die Kommunen die Schulsozialarbeit fast völlig alleine tragen müssen und wenn die Kommunen dann aus Gründen der pädagogischen Not an ihren Schulen dennoch keine Schulsozialarbeiterstellen abbauen, dann ist das der Beweis, dass sie überhaupt keine Landesförderung brauchen und man lässt man sie vollends finanziell im Regen stehen.

Die Karlsruher Abgeordnete, schulpolitische Sprecherin ihrer Fraktion, wird sich im Schulausschuß und im Landtag vehement dafür einsetzen, dass die Landeszuschüsse erhalten bleiben.

An den Schwächsten zu sparen, so Frau Rastätter abschließend, ist nicht nur aus Gründen der Chancengerechtigkeit im Bildungswesen ein Armutszeugnis für eine Regierung, sondern auch aus gesellschaftlichen und ökonomischen Gründen. Wenn es nicht gelingt, gerade die Jugendlichen aus schwierigsten sozialen Verhältnissen und Lernproblemen zu stabilisieren und ihnen eine berufliche Integration zu ermöglichen werden die Folgekosten für die Gesellschaft stärker zu Buche schlagen als heute die Bezuschussung der Schulsozialarbeit.

**Und nutzt unsere ausführlichen Infos auf der Homepage: [www.bawue.gruene-fraktion.de](http://www.bawue.gruene-fraktion.de)**

## LANDTAGSABGEORDNETE:

**Renate Rastätter**, Lenzstraße 10, 76137 KA  
Tel.: 81 25 66 · Fax: 98 12 70 1  
Renate.rastaetter@gruene.landtag-bw.de  
Mitarbeiterin: **Gisa Raiß**  
Büro Stuttgart: Tel. 0711/20 63 680, Mo, Di, Mi 9 –17 h

## GRÜNE REGIONALVERBANDSFRAKTION MITTLERER OBERRHEIN:

**Klaus Stapf** (*Sprecher*) · Tel. 40 32 35

## BÜRO DER GEMEINDERATSFRAKTION:

**Dieter Emig** und **Gabi Schiller**  
Hebelstr. 13 · 76133 KA · Tel.: 29 15 5 · Fax: 29 15 6  
Mo- Do 9 -13 Uhr und Fr 9 -12 Uhr  
[gruene@fraktion.karlsruhe.de](mailto:gruene@fraktion.karlsruhe.de)

## GEMEINDERATSMITGLIEDER:

**Dr. Gisela Splett** (*Fraktionssprecherin*)  
Stadtentw., Verwaltung u. Finanzen, Natur- u. Tierschutz  
Breslauer Str. 43d · 76139 Karlsruhe Tel. 96 87 18 6

**Klaus Stapf** (*stellvertretender Fraktionssprecher*)  
Wirtschaft, Arbeit, Verwaltung, Finanzen, Sport, Umwelt  
Amthausstr. 22 · 76227 Karlsruhe  
Tel.: dienstl. 40 94 -296 · privat 40 32 35

**Dr. Hildegund Brandenburg** (Bauen, Kultur)  
Badenerstr. 21 76227 Karlsruhe Tel. 42 89 8

**Bettina Lisbach** (Gesundheit,  
Umwelt, Natur- u. Tierschutz, MigrantInnen, Verkehr)  
Amthausstr. 33 76227 Karlsruhe Tel. 94 18 45 7

**Dr. Dorothea Polle-Holl** (Frauen, Jugend, Soziales, Schule)  
Willi-Egler-Str. 14, 76189 Karlsruhe Tel. 57 41 48

**Andreas Ruthardt**  
(Wirtschaft u. Arbeit, Sport, Energie, MigrantInnen)  
Friedrichstr. 67 76229 Karlsruhe Tel. 482038

**Anne Segor** (Stadtentw., Kultur, Frauen, Schule)  
Lebrechtstr. 28 76199 Karlsruhe Tel. 88 34 20

**Tim Wirth** (Bauen, Verkehr, Soziales)  
Vorholzstr. 56 76137 Karlsruhe Tel. 82 65 70

## ORTSCHAFTSRAT DURLACH:

**Dr. Hildegund Brandenburg**  
Badenerstr. 21 · 76227 Karlsruhe · Tel. 42 89 8

**Winnie Kratzmeier-Fürst**  
Badenerstr. 43B 76227 Karlsruhe, Tel. 40 68 38

**Ralf Köster**  
Säckinger Str. 10 · 76227 Karlsruhe · Tel. 49 49 89

**Dr. Heike Puzicha-Martz**  
Hildebrandstr. 31a · 76227 Karlsruhe · Tel. 49 43 98

**Dr. Ulrich Wagner**  
Lörracherstr. 4 76227 Karlsruhe, Tel. 40 15 40

## ORTSCHAFTSRAT GRÖTZINGEN:

**Karl Berger**  
Durlacher Str. 62 · 76229 Karlsruhe · Tel. 48 17 20

**Birgit Hauswirth-Metzger**  
Im Jäger 19 76229 Karlsruhe Tel 55 41 24

**Alexandra Knöbl**  
Im Brühl 7 · 76229 Karlsruhe · Tel. 48 30 54

## ORTSCHAFTSRAT NEUREUT:

**Klaus Junker**  
Fichtenweg 1 · 76149 Karlsruhe · Tel. 70 04 06

Bei Unzustellbarkeit oder Mängeln in der Anschrift,  
Anschriftenberichtigungskarte senden an:

**GRÜNE      Sophienstraße 58      76133 Karlsruhe**

## GRÜNES BÜRO - REGIONALBÜRO Mittl. OBERRHEIN:

**Dr. Dorothea Polle-Holl**  
Sophienstr. 58 · 76133 Karlsruhe  
Tel.: 20 31 23 2 · Fax.: 20 31 23 4  
[kv.karlsruhe@gruene.de](mailto:kv.karlsruhe@gruene.de)      [www.gruene-karlsruhe.de](http://www.gruene-karlsruhe.de)  
Sprechzeiten Di -Do 9-12 Uhr und Mi 18 -20 Uhr

## BANKVERBINDUNG:

GRÜNE Karlsruhe, Konto 80 33 44 13 00, BLZ 430 609 67  
GLS Gemeinschaftsbank eG

## KREISVORSTAND:

Sitzung (fast) jeden Mittwoch um 18 Uhr im Grünen Büro

**Christian Brugger** (Jugend, Soziales, Tierschutz, Wirtschaft)  
Nancystr. 4 76187 Ka, Tel. 0177 – 23 45 475

**Michael Borner** (Kinder, Jugend, Gesundheit)  
Brauwerstr. 45 · 76137 Karlsruhe · Tel. 12 05 291

**Johannes Honné** (Kassierer) (Umwelt, Verkehr)  
Vorholzstr. 52 · 76137 Karlsruhe · Tel. 85 6436

**Dr. Hun-Jin Jung** (Frauen, Migration, Gesundheit)  
Kanalweg 48 76149 Karlsruhe · Tel. 75 01 48 9

**Ulrike Maier** (Frauen, Bildung, Arbeit, Wirtschaft)  
Scheffelstr. 60 76135 Karlsruhe · Tel. 0170 - 27 64 68 0

## AK FRAUEN:

über **Dorothea Polle-Holl** · Tel. 20 31 23 2

## Grüne Jugend:

**Christian Brugger** (*Sprecher*)  
[sprecher@gruene-jugend-karlsruhe.de](mailto:sprecher@gruene-jugend-karlsruhe.de)

## ORTSVEREIN DURLACH:

**Dietmar Maier**  
Pfinztalstr. 85 · 76227 Karlsruhe · Tel. 94 14 96 1

**Tanja Saini**  
Reichenbachstr.12 76227 Karlsruhe [tanjasaini@web.de](mailto:tanjasaini@web.de)

**Wolfgang Semmler**  
Bienenleinstorstr. 37 · 76227 Karlsruhe · Tel. 40 62 52

**Gerhard Stolz** (*Kassierer*)  
Eckhardstr. 21 · 76227 Karlsruhe · Tel. 49 43 23

## ORTSVEREIN NEUREUT:

**Klaus Junker**  
Fichtenweg 1 · 76149 Karlsruhe · Tel. 70 04 06

## ORTSVEREIN OST

**OSTSTADT · RINTHEIM · HAGSFELD · WALDSTADT:**  
**Sibylle Nies de Alva** · Tel. 68 58 64

**RÜPPURR · WEIHERFELD · DAMMERSTOCK:**  
**Ulrike Waltz** · Tel. 88 83 18